

PREISFRAGE

AKtion erfragte die Wohnnöte. Seite 9

ZUVERSICHT Josef Nussbaumer schärft den Blick fürs Positive. Seite 10

KONSUMENT 20 Wanderrucksäcke im VKI-Test. Seite 12/13

KÜNDIGUNG Wenn die AK die Endabrechnung korrigiert. Seite 14



AKtion

Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

Oktober 2018
Nr. 10/2018, XXXII. Jahrgang
Zugestellt durch Post.at

SCHAFFAREI Beim ersten Festival zur Arbeitskultur standen angeregte Diskussionen zur Arbeitskultur im Mittelpunkt. ▶ Seite 11



Fotos: AK Vorarlberg/Jürgen Gorbach, adobe.stock.com

„Nur noch Bittsteller in Wien“

Sozialversicherungsreform bringt das Ende der Selbstverwaltung – Konzernbosse haben das Sagen.

MACHTSPIEL. Die türkis-blaue Regierung hat ihre Reform der Sozialversicherung in Begutachtung geschickt und wird sie voraussichtlich beim Ministerrat am 24. Oktober durchwinken. „Das ist der Anfang vom Ende der VGKK“, sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle, „denn von nun an gehen wir nur noch als Bittsteller nach Wien.“

Die von der Regierung als Jahrhundertwerk gepriesene Reform ist in Hämmerles Augen nichts anderes als ein Machtspiel, das die Wirtschaft Länge mal Breite für sich entschieden hat. Das alles geht zu Lasten der Versicherten, die sich auf schmalere Leistungen einstellen dürfen. Die VGKK indes, die bislang

hervorragend gearbeitet und gewirtschaftet hat, wird nun zur bloßen Befehlsempfängerin einer Wiener Zentrale degradiert. „Alle Befürchtungen haben sich bestätigt.“ Die Länderkassen werden entmachtet. „Ab 2023 verliert Vorarlberg so jährlich 102 Millionen Euro.“

Das wird die AK nicht hinnehmen und zieht vor den Verfassungsgerichtshof. Haben bisher zum überwiegenden Teil ehrenamtlich tätige Arbeitnehmer die Geschicke der Sozialversicherung geführt, sieht die Reform deren Entmachtung vor. Stark aufgewertet werden dafür die Generaldirektoren. Sie werden mit Monatsgehältern von über 15.000 Euro belohnt. ▶ Seiten 4/5, 16

AK Vorarlberg berät Kunden auch am Abend

Arbeitszeiten machen es manchem schwer, die Dinge des täglichen Lebens zu erledigen – jeden Dienstag hält AK-Zentrale in Feldkirch deshalb bis 19 Uhr geöffnet – Beratung gibt's ohne Voranmeldung

SERVICE. Dass die beiden AK-Bibliotheken in Feldkirch und Bludenz jeden Dienstag bis 19 Uhr geöffnet halten, sind die Kunden schon gewohnt; sie nutzen das Angebot gerne. Jetzt erweitert die AK Vorarlberg ihre Öffnungszeiten auch in den Beratungsabteilungen. Jeden Dienstag

zwischen 16 und 19 Uhr bieten die Experten der AK seit 1. Oktober Beratungen ohne vorherige Terminvereinbarung an. Sie stehen für alle Fragen des Arbeitsrechts, Sozialrechts, im Bereich Frau und Familie, in Lehrlingswesen und Konsumentenschutz zur Verfügung. Denn

immer öfter brauchen Menschen jedes Zeitfenster, um die Dinge des täglichen Lebens zu erledigen: „Und unflexible Öffnungszeiten dürfen kein Grund dafür sein, auf die Hilfe der AK verzichten zu müssen“, betonen AK-Präsident Hubert Hämmerle und Direktor Rainer Keckeis. ▶ Seite 10

Für die Kunden da

Beratungen in der AK 2017

Arbeits-, Sozial- und Insolvenzrecht	76.000
Steuerrecht	25.000
Konsumentenschutz	30.000

Wie viel Europa brauchen wir?

Die EU erlebt stürmische Zeiten. Ihre Zukunft stellen Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Stadt Feldkirch und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) zur Debatte. Sie laden am Donnerstag, 11. Oktober 2018, von 9 bis 18 Uhr zu einem Symposium ins Montforthaus nach Feldkirch. Der Eintritt ist frei. ▶ Seite 3

Zeitwort

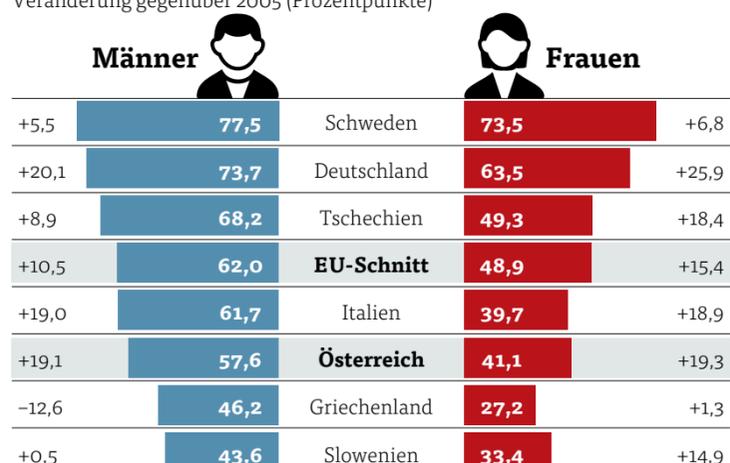
Ja nicht alles glauben

Die Meldung des Österreichischen Presserats vom 23. August 2018 blieb leider kaum beachtet. Das ist schade, hat es dergleichen doch bislang nicht gegeben. Der Presserat ist ein Verein. Ihm gehören die wichtigsten Journalisten- und Verlegerverbände Österreichs an. Er wacht über die Qualität der journalistischen Arbeit. Wenn nötig, verurteilt er unethisches Verhalten.

Der Senat 1 des Presserats warnte in dieser Erklärung am 23. August 2018 die heimischen Medien davor, dass Informationen österreichischer Regierungsstellen nicht immer ausgewogen seien und nur nach eingehender Recherche und Überprüfung übernommen werden sollten. Mit anderen Worten: Die Regierung nimmt es mit der Wahrheit nicht so genau. Anlassfall waren dreiste Übertreibungen in Bezug auf die Privilegien in den Sozialversicherungen. Der Presserat forderte die Medien auf, künftig nicht alles zu glauben. So weit sind wir schon. **tm**

Ältere Menschen am Arbeitsmarkt

Erwerbstätigenquote 2016 bei 55- bis 64-Jährigen in Prozent, Veränderung gegenüber 2005 (Prozentpunkte)



Grafik: KEYSTONE, Quelle: APA/Böcker-Stiftung

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

Telefon zum Ortstarif 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrling/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frau – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

www.ak-vorarlberg.at

[f/akvorarlberg](https://www.facebook.com/akvorarlberg)

[/user/AKVorarlberg](https://www.youtube.com/user/AKVorarlberg)

Leitartikel von AK-Direktor Rainer Keckeis

Zentralismus statt Kassenreform

Angetreten als Reformer entlarvt sich die neue türkis-blaue Regierung als billige Erfüllungsgehilfin derjenigen, die ihre Parteikassen mit großzügigen Spenden füllen. Das ist nach dem Kniefall der Regierungsparteien beim 12-Stunden-Tag zwar keine große Überraschung mehr, verwundert aber doch hinsichtlich der fachlichen Inkompetenz, oder anders gesagt,

der Unverschämtheit, wie bei der anstehenden Kassenreform von Regierungsseite mit Unwahrheiten und Unterstellungen argumentiert wird. Klassisches Beispiel: Die vielen Funktionäre der Sozialversicherung seien zu teuer, meint die Regierung und vergisst zufällig auf die Tatsache, dass diese Vertreter der Versicherten zum ganz



» **Der Föderalismus gilt nur dort etwas, wo es der Regierung passt.**

überwiegenden Teil ehrenamtlich und ohne Salär tätig sind. Eine günstigere Form der Selbstverwaltung werden wir nicht kriegen können. Das aber ist der Regierung natürlich egal, hauptsächlich die Krankenkasse der Arbeiter und Angestellten kann jetzt von teuren Managern in Abstimmung mit der Wirtschaft geführt werden. Dass es künftig sogar möglich ist, dass der Boss einer Pharmafirma Vorsitzender in der neuen Krankenkasse der Unselbstständigen werden kann, ist – wie vieles andere auch – wohl verfassungsrechtlich unhaltbar. Das aber ficht diese Regierung nicht an. Sie will die Zentralisierung und Machtverschiebung aus den Bundesländern nach Wien. Dort dürfen dann die Länder als Bittsteller auftreten und bekommen je nach Wohlverhalten etwas oder auch nichts. Auf der Strecke bleiben die Patienten. Sie spüren das erst in ein paar Jahren. Dann aber zahlen sie mehr, weil Selbstbehalte eingeführt werden und die kostenlose Mitversicherung für Kinder fällt. Danke, Herr Bundeskanzler, danke, Herr Vizekanzler.

Rainer Keckeis

► E-Mail: direktion@ak-vorarlberg.at

Gastkommentar von Martin Schriebl-Rümmele

Reform trifft die Versicherten

Die Regierung will die Krankenkassen zusammenlegen und so eine Milliarde Euro sparen, die den Patienten zugute kommen soll. Das klingt toll, die Sache hat nur einen Haken: Weder die Einsparung stimmt, noch dass die Patienten profitieren. Fusionen kosten. Das weiß man aus der Privatwirtschaft. Und wir wissen es vom Rechnungshof. Der hat errechnet, dass die Zusammenlegung der Pensionsversicherung der Arbeiter mit jener der Angestellten unter der Regierung Schlüssel 200 Millionen gekostet hat. Rechnet man den nun vorgelegten Gesetzestext nach, zeigt sich, dass die Fusion bis zu 1,6 Milliarden Euro kosten könnte. Gezahlt werden muss das aus dem

laufenden Geschäft oder aus den Rücklagen. In jedem Fall von den Versicherten.

Doch wenn die nicht profitieren, wer dann? ÖVP/FPO bedienen auf allen Ebenen Wirtschaft, Arbeitgeber und ihre Freunde. So wurde den Kassen eine Senkung der Dienstgeberbeiträge in der Höhe von fast 500 Millionen aufgebürdet. Das fehlt für die Versorgung. Auch wurde fixiert, dass Privatspitäler mehr als 50 Millionen extra bekommen. Und dann sollen die Dienstgeber in den Kassen mitbestimmen. Allerdings wird verschleiert, dass nur die Dienstnehmer die Versicherung bezahlen – über Abgaben auf ihre Gehälter. Auch wenn die Dienstgeber einen Teil als Dienstgeberbeitrag an die Kassen abführen, so ist es doch ein Lohnbestandteil. Künftig bestimmen also die Dienstgeber in den Kassen. Und damit sich darüber niemand beschwert, wird der bisher oft regierungskritische Hauptverbandsvorsitzende abgeschafft und durch rotierende Vorsitzende ersetzt. Kurz: Man nimmt den Versicherten Geld weg und macht sie mundtot.



» **Man nimmt den Versicherten Geld weg und macht sie mundtot.**

E-Mail: martin.ruemmele@gesundkommunizieren.at
Martin Schriebl-Rümmele ist Gesundheits- und Wirtschaftsjournalist.

„Mit Reda kond d'Lit zemma“ ist das Motto von AK-Präsident Hubert Hämmerle. Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.

20. November von 14 bis 15 Uhr unter 050/258-6800

Einladung zur Telefon-Sprechstunde
Mit AK-Präsident Hubert Hämmerle

Stark für Sie. www.ak-vorarlberg.at

2018: Wichtige Bestimmungen

Die AK hat alle Gesetze und Verordnungen, die heuer Gültigkeit haben, in einer Broschüre zusammengefasst. So sind Arbeitnehmer immer auf dem Laufenden.

► **Bestellung:** Die Broschüre „Wichtige Bestimmungen 2018“ online unter www.ak-vorarlberg.at zum Durchblättern, Downloaden und auch zum Bestellen.



19 Mal bringt der AK-Kraftwagen im Oktober feines Streetfood in die Firmen.

AK-Kraftwagen wieder auf Achse

Im Frühjahr 2018 war Premiere, jetzt kehrt die Mittagspause auf vier Rädern wieder: Den ganzen Oktober hindurch bringt der Kraftwagen der AK Vorarlberg Streetfood und Entspannung direkt in die Unternehmen.

VERSCHNAUPAUSE. Zwei Monate lang war der AK-Kraftwagen im Frühjahr 2018 pausenlos in ganz Vorarlberg unterwegs. In 30 Unternehmen bot das Team schmackhaftes Streetfood für die Mittagspause. Das gab's gratis, „weil Krafttanken genauso dazugehört zum Arbeitsalltag wie der Erfolg und das Produkt“, betont AK-Präsident Hubert Hämmerle.

Die Resonanz war so gut, dass der Kraftwagen von AK und der Beschäftigungsinitiative Aqua Mühle diesen Oktober noch einmal auf Reisen geht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Schmidt's Erben und vom Zimbarpark Bludenz etwa, Schelling Anlagenbau in Schwarzach und bei Hilti in Thüringen dürfen sich freuen. Und das sind nur drei Stopps einer Reise, die am 25. Oktober bei Getzner Textil in Bludenz enden wird.



Den AK-Mittagstisch genießen Arbeiter und Angestellte.



Mitarbeiter der AK schlüpfen gerne in die Rolle der Gastgeber.



Impressum

Aktion Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz ► Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, E-Mail: presse@ak-vorarlberg.at ► Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe www.ak-vorarlberg.at/impresum.htm ► Redaktion: Dietmar Brunner, Jürgen Gorbach, Thomas Matt, Arno Miller ► Infografik: Gerhard Riezler ► Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der Aktion überwiegend die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

Lieber mehr oder weniger Europa?

Der Brexit fordert die EU bis zum Zerreißen. Flüchtlingskrise und empfundene Benachteiligung bringen reihum Rechtspopulisten an die Macht. Die zentrale Frage lautet: Brauchen wir mehr oder weniger Europa? Was ist aus Vorarlberger Sicht nötig? Wofür setzt sich das Land ein? Es geht um nichts weniger als um die Zukunft Vorarlbergs. Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Stadt Feldkirch und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) laden am Donnerstag, 11. Oktober 2018, von 9 bis 18 Uhr zum Symposium ins Montforthaus Feldkirch. Der Eintritt ist frei.

09.00 Begrüßung

10.00 Ist EU-Skepsis populär? Veränderungen im Wahlverhalten und in der öffentlichen Meinung
In immer mehr Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten sind EU-skeptische Parteien vertreten. Auch in Österreich gehört EU-Skepsis seit dem Beitritt zum politischen Diskurs. Zugleich erscheint die EU für Bürgerinnen und Bürger viel zu weit weg. Ihre Politik ist nicht greifbar, was die Skepsis verstärkt. Was ist zu tun?
Redner: Peter Filzmaier, Politologe • Meinrad Pichler, Historiker • zwei Diskutanten, EWSA

11.00 Kaffeepause

11.15 Demokratie und Problemlösungskompetenz der EU: Die Rolle der Zivilgesellschaft
Als Union ist die EU auf die politische Legitimation durch die Bevölkerung angewiesen. Generell fehlt es aber an einer gemeinsamen europäischen Identität. Zivilgesellschaftliche Akteure gelten als wichtige Brückenbauer zwischen der EU und den Bürgerinnen und Bürgern. Mehr Partizipation kann die demokratische Legitimation und die Problemlösungskompetenz der EU verbessern. Wie erreichen wir das?
Redner: Walter Schmolly, Caritas • Michael Dietrich, Armutskonferenz Vorarlberg • zwei Diskutanten, EWSA

12.30 Lunch-Buffer

Was ist der EWSA?
Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist ein beratendes Gremium der Europäischen Union und setzt sich aus Vertretern von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen und anderen Europäervertretern zusammen. Seine Mitglieder sind an **keine Weisungen** gebunden. Dem EWSA gehören derzeit 350 Mitglieder an:

- je 24 für Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich
- je 21 für Polen und Spanien
- 15 für Rumänien
- je 12 für Belgien, Bulgarien, Griechenland, die Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, die Tschechische Republik und Ungarn
- je 9 für Dänemark, Finnland, Irland, Kroatien, Litauen und die Slowakei
- je 7 für Lettland und Slowenien
- 6 für Estland
- je 5 für Luxemburg, Malta und Zypern

14.00 Ökonomisches Balance-Sheet der EU-Mitgliedschaft: Wohlstand in exportorientierten Regionen
Wirtschaftlich profitieren Österreich und speziell Vorarlberg als exportorientiertes Bundesland klar vom EU-Beitritt. So hat sich das Exportvolumen in Vorarlberg seit 1995 bereits mehr als verdoppelt. Auch globale Unternehmen mit Sitz in Vorarlberg profitieren vom EU-Binnenmarkt. Was können wir davon lernen?
Redner: Georg Comploj, Getzner Textil • Gebhard Bechter, Direktor der Landwirtschaftskammer Vorarlberg • Matthias Schnetzer, Arbeiterkammer Wien

15.00 Kaffeepause

15.15 Die Bedeutung von Beschäftigungschancen und qualifizierten Arbeitskräften
Gibt es keine Jobs, bedeutet das soziale Instabilität – so lautet eine wirtschaftspolitische Grundformel. Ein ausreichendes Angebot an gut ausgebildeten Fachkräften ist allerdings mindestens genauso wichtig für wirtschaftliche Stabilität und politischen Zusammenhalt im EU-Raum. Besonders wichtig ist das für junge Menschen. Was tun wir dafür?
Redner: Egon Blum, Lehrlingsexperte • Eli Eizenberg, Experte für technische Berufsausbildung (TVET) • Eva King, Arbeiterkammer Vorarlberg

17.45 Musikalischer Apéro

Das Ende der VGKK bringt die Zweiklassenmedizin

Als vertane Chance beurteilt AK-Präsident Hubert Hämmerle die zur Begutachtung vorgelegte Reform der Sozialversicherung. „Alle Befürchtungen haben sich bestätigt.“ Die Länderkassen werden komplett entmachtet. „Ab 2023 verliert Vorarlberg so jährlich 102 Millionen Euro.“ Das will die AK nicht hinnehmen und zieht vor den Verfassungsgerichtshof.



GEPLÜNDERT. Manche sagten: Wird schon nicht so schlimm kommen! Die Wahrheit ist: Alle Befürchtungen, die im Vorfeld der Reformdiskussion von Ärztekammer, Arbeiterkammer, Gewerkschaft und Sozialversicherungsexperten geäußert wurden, haben sich bestätigt. Türkis-Blau hat die komplette Entmachtung der Länderkassen fixiert. Sowohl die Budget- als auch die Personalhoheit wird künftig von Wien aus zentral wahrgenommen.

Die ärztlichen Versorgungsleistungen in den ländlichen Regionen etwa werden nach Ansicht der AK Vorarlberg mit Sicherheit zurückgehen. Statt mehr Geld für die Patienten wird mehr Geld in die privaten Spitäler, in die Pharmabranche und in die Krankenkassen der Beamten und Selbstständigen fließen.

„Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass spätestens nach 2023 die kostenlose Mitversicherung für Angehörige abgeschafft wird und die Arbeitnehmer Selbstbehalte für ärztliche Leistungen zahlen müssen“, ist AK-Präsident Hubert Hämmerle überzeugt. Die Regierung gibt das jetzt noch nicht

zu, die dafür notwendigen Pläne existieren auf Wirtschaftsseite aber bereits seit Jahren. „Jetzt, mit der neuen Machtfülle, können und werden sie diese auch umsetzen.“

Die Chance, für alle Österreicher eine einheitliche Krankenversicherung nach dem Prinzip „Gleiche Beiträge für gleiche Leistungen“ zu schaffen, wurde vertan. Jetzt wird bei den Arbeitern und Angestellten massiv gespart. Die Privilegien bei den Krankenfürsorgeanstalten (so heißt eine Krankenversicherung für Gruppen von öffentlichen Bediensteten und Politiker), der Beamtenversicherung und der neuen Versicherung für Bauern und Unternehmer hingegen werden zementiert. So werden in den nächsten fünf Jahren rund 80 Millionen Euro zusätzlich an die privaten Krankenanstalten überwiesen werden müssen.

Land verliert jährlich 102 Millionen

Als wirklich geschickten Bluff bezeichnet AK Präsident Hubert Hämmerle den Passus im Gesetzesentwurf, wonach die Beiträge der Versicherten auf die Länder aufgeteilt werden müssen. Was mit den anderen Einnahmen passiert, das verschweigt der Gesetzgeber.

Dabei geht es aber ab 2023 um jährlich rund 102 Millionen Euro, die allein für die Vorarlberger Versicherten auf dem Spiel stehen bzw. verloren sind. Zudem sagt der Bund den Länderkassen zu, dass sie ihre freien Rücklagen in Abstimmung mit den Vertretern der Landesregierung selbst verwenden dürfen. „Pech nur, dass wir in Vorarlberg gar keine freien Rücklagen haben“, erklärt AK-Präsident Hubert Hämmerle. „Wenn wir für unsere Versicherten etwas wollen, werden wir als Bittsteller nach Wien pilgern müssen, und nur dort wird entschieden, ob und wie viel wir für unsere Versicherten bekommen.“

Manager statt Ehrenamt

Haben bisher vor überwiegenden Teil ehrenamtlich tätige Arbeitnehmer die Geschicke der Sozialver-



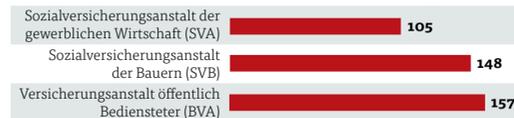
Konzernbosse bestimmen in der Krankenkasse der Arbeitnehmer. Das macht nicht nur die Mitarbeiter der VGKK - hier bei einer Protestversammlung - sprachlos.

Verwaltungskosten pro Versichertem

Diese Krankenkassen **sollen reformiert werden**, weil die Verwaltung angeblich zu teuer ist. Derzeitige Kosten pro Versichertem (in Euro)



Diese Krankenkassen **sollen nicht reformiert werden**. Derzeitige Kosten



sicherung gelenkt, sieht die türkisblaue Reform nun deren Entmachtung vor. Stark aufgewertet werden dafür die Generaldirektoren. Sie haben künftig die weitgehende Entscheidungsmacht und werden dafür mit Monatsgehältern von über 15.000 Euro belohnt. Hämmerle: „Und rein zufällig wird jetzt schon ein enger Berater von Bundeskanzler Kurz als neuer Generaldirektor in der Zentralkrankenkasse gehandelt. Offenbar hat sein anderer Freund Mahrer keine Zeit dafür.“ Als besondere Dreistigkeit wird in

der AK die Tatsache beurteilt, dass es künftig möglich sein wird, dass der Boss eines Pharmakonzerns den Vorsitz in der Kranken- oder Pensionsversicherung der Arbeitnehmer übernehmen kann. Das entspricht zwar durchaus dem Selbstverständnis der türkis-blauen Bundesregierung, steht aber nach Ansicht der AK Vorarlberg in krassm Gegensatz zu verfassungsrechtlichen Grundprinzipien der Selbstverwaltung. „Deshalb werden wir insbesondere diesen Aspekt der Sozialversicherungsreform vor dem Verfassungs-

gerichtshof bekämpfen“, kündigte Hämmerle an. Auch die weitgehenden Durchgriffsrechte des Staates, die Eignungstests für Funktionäre und die Beitragsprüfung durch die Finanz werden vor dem Verfassungsgerichtshof bekämpft.

Bewährtes System zerschlagen

Die heimische Gesundheitsversorgung zählt großer Herausforderungen weltweit zu den besten. Die jetzige Reform erhöht die Komplexität des Systems enorm, weil durch die Zerschlagung des Hauptverbandes eigentlich zentral wahrzunehmende Aufgaben dezentralisiert werden. Damit geht die Gesamtbetrachtung über die verschiedenen Träger der Sozialversicherung verloren. Während also die sehr gut funktionierenden Gebietskrankenkassen mit 3,7 Millionen Arbeitnehmern rücksichtslos in Wien zentralisiert werden, können die Kassen der Unternehmer, Bauern oder der Beamten nunmehr frei von jeglicher Verantwortung für die gesamtwirtschaftliche Tragfähigkeit schalten und walten. Beispiel dazu: Künftig wird es keinen Kennzahlen-Vergleich zwischen den verschiedenen Kassen mehr geben. Damit aber bleiben Fehlentwicklungen lange unsichtbar und einzelne Privilegien in anderen Krankenkassen sind nicht mehr erkennbar.

„Wir werden zu Bittstellern in Wien“

Es hätte eine echte Reform werden können, mit einer Krankenversicherung für alle. Aber geworden ist es nur Stückwerk im Gewand einer türkis-blauen Umverteilung, die ausschließlich Wirtschaft und Industrie zugute kommt, kritisiert AK-Präsident Hubert Hämmerle.

Rund um die von Türkis-Blau geplante Reform der Sozialversicherung herrscht eine beträchtliche Zahlenverwirrung. Wird jetzt Geld gespart oder am Ende gar zusätzlich benötigt?

Experten der Sozialversicherung haben errechnet, dass den Versicherten und dem Gesundheitssystem durch die Maßnahmen mehr als eine Milliarde Euro entzogen wird. Es kann also keine Rede davon sein, dass aus einer „Funktionärsmilliarde“ eine „Patientenmilliarde“ wird. „Belastungsmilliarde“ trifft es besser. Die Nutznießer sind vor allem Wirtschaft und Industrie, die künftig geringere Versicherungsbeiträge zahlen. Die fehlenden Mittel aber werden für die Versicherten und Patienten Leistungskürzungen mit sich bringen, sie werden zur Einführung von Selbstbehalten führen.

Auch die Zusage des Bundes, die Länderkassen könnten über ihre freien Rücklagen frei verfügen, ruft bei Ihnen wenig Begeisterung hervor. Welche Rücklagen? Die Vorarlberger GKK hat gar keine freien Rücklagen. VGKK-Obmann Manfred Brunner hat es klar gesagt: Bei unseren Rücklagen handelt es sich um gebundene Leistungssicherungsrücklagen, und die wandern laut

derzeitigem Stand in den Bundestopf. Wir werden Bittsteller in Wien. Nur die Herren Generaldirektoren in der Bundeshauptstadt werden entscheiden, ob und wie viel Geld wir für unsere Versicherten bekommen. Deshalb wundern wir uns auch über die vorbehaltlose Unterstützung unserer Landesregierung für diese Abzocke aus Wien.

Was hätte in Ihren Augen den Namen „Reform“ verdient? Die von der AK Vorarlberg vor drei Jahren geforderte einheitliche Krankenversicherung für alle Versicherten, das wäre ein echter Reformschritt gewesen. Dort hätten nicht die Konzernbosse und die Wiener Politiker das Sagen gehabt, sondern die Versicherten selbst.

Deshalb hat die Regierung diesen Vorschlag nie geprüft oder gar in Erwägung gezogen. Denen geht es nicht um eine Reform zum Besseren, sondern um die Entmachtung der Arbeitnehmer und einen weiteren Kniefall vor den Wirtschaftsbossen.



Reform bringt nicht, sie kostet eine Milliarde Euro

Reform bringt 483 Millionen Euro zusätzliche Kosten für ÖGK – 603 Millionen Euro Mehrbelastung für AUVA – Fusionskosten dürften 500 Millionen betragen

KASSASTURZ.

Auf die Krankenkassen und die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt AUVA kommen mit der Sozialversicherungsreform von 2019 bis 2023 finanzielle Mehrbelastungen von über einer Milliarde Euro zu. Darüber hinaus dürften mindestens 500 weitere Millionen an Fusionskosten für die Zusammenführung der Sozialversicherungen und Krankenkassen anfallen, die bisher nicht angesetzt wurden.

Zusätzliche Belastungen

Dies geht aus ersten rechnerischen Bewertungen der türkis-blauen Gesetzesvorschläge durch Sozialversicherungsexperten hervor. Demnach werden den neun Gebietskrankenkassen, die zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) fusioniert werden, von 2019 bis 2023 zusätzliche finanzielle Belastungen von 483 Millionen Euro aufgebürdet.

● Diese Zahl setzt sich zum einen aus von der Regierung angeordneten höheren Zahlungen in den Fonds der Privatkrankeanstalten (PRIKRAF) zusammen, in den die Krankenkassen zuletzt 121,5 Millionen Euro einzahlten. Ab 2019 erhöht sich dieser Betrag um rund zehn Millionen, bis 2023 um über elf Millionen. Ergibt in Summe zusätzliche Kosten von 53 Millionen. Dazu kommen weitere drei Millionen an höheren Pflegekostenzuschüssen im Zusammenhang mit den privaten Krankenanstalten.

● Durch die Einsparungen bei der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA), die unter der Bezeichnung „Besonderer Pauschbetrag § 319a“ laufen, entstehen den Krankenkassen Mehrbelastungen von 294

Millionen Euro, errechneten die Sozialversicherungsexperten.

● Weitere 133 Millionen ergeben sich durch die Umgestaltung der Zahlungsmodalitäten rund um den bisherigen Ausgleichsfonds der Gebietskrankenkassen, der zum „Innovationsfonds“ wird. Das Finanzministerium reduziert hier im Zuge der Reform seine Dotierung.

Bei der AUVA ergeben sich durch die Regierungspläne von 2019 bis 2023 in Summe Mehrbelastungen von 603 Millionen Euro. Diese Summe resultiert aus der im aktuellen Gesetzespaket enthaltenen Senkung der Unfallversicherungsbeiträge für Unternehmen (629 Millionen), einer weiteren laut Regierungsprogramm angekündigten Senkung der Unfallversicherungsbeiträge zu einem späteren Zeitpunkt (268 Millionen) und der Übernahme von 294 Millionen („Besonderer Pauschbetrag § 319a“) durch die Krankenkassen, die künftig nicht mehr bei der AUVA anfallen.

Bei den Fusionskosten für die Zusammenlegung der Sozialversicherungen und Krankenkassen gehen die Experten von mindestens 500 Millionen Euro aus. Diese Berechnungen fußen einerseits auf den Erfahrungen

der Zusammenlegung der Pensionsversicherungsanstalten der Arbeiter und Angestellten zur PVA, die laut Rechnungshof 200 Millionen Euro gekostet hat. Zudem liegen seit dem Vorjahr Schätzungen für die Zusammenlegung der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) und der Sozialversicherung der Bauern (SVB) vor, die zur Sozialversicherung der Selbstständigen fusioniert werden. Die Kosten dafür sollen rund 90 Millionen betragen. Um die 100 Millionen an Kosten werden für die Zusammenlegung der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter und jener für Eisenbahn und Bergbau erwartet.

Das reicht nie und nimmer

Mit der von der Regierung angekündigten Einsparung von Funktionen werden sich die Mehrbelastungen nicht kompensieren lassen. Die Aufwendungen für die Selbstverwaltung – dazu zählen Sitzungsgelder für Funktionäre und die Zahlungen für die Obleute und Direktoren sowie Fahrtkosten – betragen 2017 rund 53 Mio. Euro. Die AKtion hat sich die Gebühren der Vorarlberger Funktionäre genau angesehen. Reich wird man nicht. ▶ Seite 16

Schrumpfendes Einsparungspotenzial

Das Einsparungspotenzial der Sozialversicherungen durch schlanke Strukturen bezifferte Sozialministerin Beate Hartinger-Klein unter Berufung auf Experten auf 200 bis 300 Millionen Euro pro Jahr. Bei der Präsentation des Reformvorhabens war noch von einer Milliarde bis 2023 die Rede. Im Begutachtungsentwurf zum Sozialversicherungs-Organisationsgesetz gab die Regierung 33 Millionen bis 2023 und 350 bis 2026 an. Die **Begutachtung** für das Gesetzespaket zur Reform der Sozialversicherungen und Krankenkassen läuft noch bis 19. Oktober. Bereits in der Woche danach könnte die Regierung die Reform beschließen.



Weiberkram von Univ.-Prof. Irene Dyk-Ploss

Nur peinlich ...

... ist es, dass man mittlerweile im Parlament (nicht nur in Österreich) Anti-Sexismus-Trainings anbieten genötigt scheint. Prophylaktisch, meint die Leiterin der zuständigen Clearingstelle, Christine Bauer-Jelinek, sollten Abgeordnete Sensibilisierungskurse besuchen, um zu lernen, „was geht, und wo Grenzen überschritten werden“. Dass bei uns im Hohen Haus lauter kleine Trumps sitzen, die das nicht wissen oder ignorieren, macht doch etwas stutzig. Welche Bildungslücken und Verhaltensprobleme haben unsere werten Volksvertreter wohl sonst noch? Aber auch Mandatarinnen kommen nicht ungeschoren davon: „Sie sollten ihr Repertoire erweitern, um sich in Eigenverantwortung besser wehren zu können.“ Ja dann. Lauter hilflose Mädeln in der Politik? Wobei: Sich wehren bringt's auch nicht unbedingt, wie die Ex-Abgeordnete Sigrid Maurer erfahren musste, die ihrerseits geklagt werden konnte ... Das allerdings ist peinlich für den Gesetzgeber.

E-Mail: irene.dyk@jku.at



Plötzlich war der Bart ab

Junge Friseurin vertraute auf Weiterbeschäftigung nach Karenz – Betrieb wollte nichts mehr davon wissen – AK konnte Teilzeitjob vermitteln.

ENTTÄUSCHT. Die junge Frau hatte im Mai 2012 als gelernte Friseurin in einem kleinen Friseursalon im Unterland begonnen. Sie arbeitete Vollzeit. Im September 2016 kam dann ihr erstes Kind zur Welt. Sie meldete Karenzzeit bis zum zweiten Geburtstag an, das entspricht dem längstmöglichen Anspruch.

Besuche, Gespräche ...

Die Arbeitnehmerin hat seit Beginn ihrer Tätigkeit ein gutes Verhältnis

zu ihrem Arbeitgeber. Sie kommt oft im Geschäft zu Besuch und trifft sich auch mit ihren Arbeitskollegen. Für sie ist klar, dass sie nach der Karenz dort wieder Kamms und Schere in die Hand nehmen möchte. Auch ihr Arbeitgeber meint bei einem kurzen Gespräch im Jänner 2018, dass man sicher eine Lösung finden werde.

Deshalb kümmert sich die junge Mutter auch um einen Spielgruppenplatz für ihr Kind. Sie hat Glück: Ab September 2018 darf sie ihr Kind vier Vormittage pro Woche von Montag bis Donnerstag vorbeibringen. Im Mai schreibt sie ihrem Arbeitgeber voller Freude, dass sie den Spielgruppenplatz ergattert hat und so zu diesen Zeiten gerne wieder arbeiten möchte. Aber sie erhält keine Antwort. Auch bei ihren Besuchen im Betrieb weicht der Chef ihr plötzlich aus. Schließlich spricht sie ihren Arbeitgeber im Juli 2018 auf das bevorstehende Karenzende und ihre gewünschte Teilzeitbeschäftigung an. Der meint daraufhin nur, dass er keine Teilzeitbeschäftigte bräuchte und sie das Arbeitsverhältnis kündigen solle. Die Arbeitnehmerin sucht bei ihrer AK Hilfe. Dort kümmert sich eine Juristin um ihren Fall.

Das ist die Rechtslage

Das Gesetz unterscheidet zwischen einem großen und einem kleinen Anspruch auf Elternteilzeit (siehe Kasten rechts). Die Ausgestaltung der Elternteilzeit muss jedenfalls vereinbart werden. Hier hat der Gesetzgeber eine Arbeitszeit-Bandbreite für Eltern von Kindern, die ab dem 1.1.2016 geboren wurden, eingeführt. Demnach muss die wöchentliche Normalarbeitszeit mindestens zwölf Stunden (Untergrenze) betragen und die frühere Normalarbeitszeit vor der Geburt des Kindes um mindestens 20 Prozent verkürzt werden (Obergrenze).

Unterschiede zwischen großem und kleinem Anspruch bestehen auch in der Durchsetzbarkeit bei Nichteinigung über den Anspruch oder die Ausgestaltung der Elternteilzeit. Bei Nichteinigung bei einem kleinen Anspruch muss die Arbeitnehmerin notfalls auf Einwilligung klagen. Im Vergleich dazu kann beim großen Anspruch der Arbeitgeber bei Nichteinigung einen Einigungsantrag bei Gericht und erforderlichenfalls in weiterer Folge eine Klage gegen die Arbeitnehmerin einbringen.

Im vorliegenden Fall hat sich die Arbeitnehmerin mit ihrem Arbeitgeber auf eine Teilzeitbeschäftigung geeinigt. Sie ist im September 2018 wieder in ihren Betrieb zurückgekehrt.



Bestellung: Die Broschüren „Mutterschutz“, „Karenz“ und „Wenn ein Baby kommt“ kann jeder bequem online unter www.ak-vorarlberg.at durchblättern, downloaden und bestellen.

AK bietet drei neue Broschüren an

Rund um die Themen Schwangerschaft und Karenz hat die AK Vorarlberg gleich drei neue bzw. von Grund auf überarbeitete Broschüren im Angebot. Oder wissen Sie auswendig, wie lange der Mutterschutz dauert? Welche Meldefristen für die Elternkarenz zu beachten sind? Wie der Wiedereinstieg in den Job geregelt ist? Nein? Dann holen Sie sich die Informationen aus erster Hand bei Ihrer AK. Online oder analog. Aber auf jeden Fall gratis.

Wann vorgezogener Mutterschutz gilt

Bei Gefährdung der Gesundheit von Mutter oder Kind sieht das Gesetz eigene Schutzbestimmungen vor.

NEUE REGELUNG. Das absolute Beschäftigungsverbot für eine werdende Mutter beginnt grundsätzlich acht Wochen vor dem errechneten Geburtstermin. Aus medizinischen Gründen kann jedoch der Beginn des Beschäftigungsverbots auf einen früheren Zeitpunkt vorverlegt werden. Besteht nämlich bei Fortdauer einer zulässigen Beschäftigung aus Gründen, die im Gesundheitszustand der Mutter liegen, eine Gefährdung für Leben oder Gesundheit von Mutter oder Kind, so darf die werdende Mutter zu keinerlei

Tätigkeit mehr herangezogen werden. Der Gesetzgeber spricht von „vorgezogenen Mutterschutz“.

Diese Gefährdung kann dem Arbeitgeber durch die Bestätigung eines Arztes für Frauenheilkunde oder der Inneren Medizin nachgewiesen werden. Das Zeugnis eines Arbeitsinspektorates oder eines Amtsarztes ist seit Anfang 2018 nur noch in Ausnahmefällen notwendig. Ab Einwilligung des vorgezogenen Mutterschutzes erhält die werdende Mutter auf Antrag Wochengeld von ihrem Versicherungsträger.



www.salvus.at



Die Gesundheit von Baby und Mutter geht vor. Im Notfall sieht der Gesetzgeber „vorgezogenen Mutterschutz“ vor.

Teure Manager statt Ehrenamt

Das Ende der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung wird sehr teuer.

TOTALUMBAU. Haben bisher überwiegend ehrenamtlich tätige Arbeitnehmer die Geschicke der Sozialversicherung geführt, sieht die türkis-blaue Reform deren Entmachtung vor. Stark aufgewertet werden dafür die Generaldirektoren. Sie haben künftig die weitgehende Entscheidungsmacht und werden dafür mit Monatsgehältern von über 15.000 Euro belohnt. Als besondere Dreistigkeit empfindet die AK den Umstand, dass künftig der Boss eines Phar-

makonzerns den Vorsitz in der Kranken- oder Pensionsversicherung der Arbeitnehmer übernehmen kann. Das steht nach Ansicht von AK-Präsident Hubert Hämmerle in krassem Gegensatz zu verfassungsrechtlichen Grundprinzipien der Selbstverwaltung.

„Deshalb werden wir insbesondere diesen Aspekt der Sozialversicherungsreform vor dem Verfassungsgerichtshof bekämpfen“, kündigte Hämmerle an. Wir fragten die AK-Fraktionen.



Auch in der VGKK lösen die Pläne der türkis-blauen Bundesregierung nur Kopfschütteln aus.

Liste AK-Präsident Hubert Hämmerle – ÖAAB/FCG



Fraktionsobmann Bernhard Heinze

BEISPIELLOS. Das galt in Vorarlberg lange Zeit als undenkbar: Das so hoch gelobte Ehrenamt muss hoch bezahlten Managern weichen. Im Ländle! Aber genau so wird es nach dem Willen der türkis-blauen Bundesregierung kommen. Engagierte Arbeitnehmervertreter/innen, die lediglich mit einem geringen Sitzungsgeld entlohnt wurden, werden durch Manager ersetzt, die im Monat bis zu 15.000 Euro verdienen. Damit das

Liste Manuela Auer – FSG



Fraktionsobfrau Manuela Auer

MACHTFRAGE. Die Zusammenlegung der Krankenkassen bringt den Versicherten keine einzige Verbesserung. Die kolportierte Milliarde an Einsparungen ist für niemanden nachvollziehbar und nicht zu erreichen. Die Regierung plant einzig und allein eine massive Beschneidung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Der Rauswurf der großteils ehrenamtlichen Funktionärinnen auf ArbeitnehmerInnenseite ist reiner Populismus und dient

Liste Freiheitliche + Parteifreie Arbeitnehmer – FA



Fraktionsobmann Michael Koschat

GROSSE REFORM. Mit der Zusammenlegung der Sozialversicherungen setzt die türkis-blaue Bundesregierung eine große Organisationsreform im Gesundheitsbereich um. Statt 21 Sozialversicherungen wird es in Zukunft nur noch fünf geben. Es werden die Kosten in der Verwaltung reduziert, das aufgeblähte System wird vereinfacht und das Funktionswesen wird zurückgedrängt. So wird es zukünftig rund 75 Prozent weniger Funktionäre

Liste Gemeinsam – Grüne und Unabhängige



Fraktionsobmann Sadettin Demir

AUTORITÄR UND ASOZIAL! Aus Sicht der Versicherten sind unsere Sozialversicherungen das Beste, was international zu finden ist. Aus Sicht der privaten Versicherungen sind sie aber sehr unattraktiv. Gibt es doch in unserem Gesundheitssystem und in der Altersvorsorge für sie nur wenig zu holen. Ihr Ziel ist es daher, dieses System zu schwächen, um schließlich eine Privatisierung vorzubereiten. Genau das ist ihr Auftrag an die

Liste NBZ – Neue Bewegung für die Zukunft



Fraktionsobmann Adnan Dincer

NUR ZYNISCH. Wenn die politischen Vertreter in Wien von sogenannten „gewissen Eigenständigkeit und Autonomie“ der NEU entstehenden Landesstellen unter der Schirmherrschaft der ÖGK reden, dann ist es purer Zynismus und nichts anderes. Wenn es zentral verwaltet und der Einfluss der Regierung erhöht wird, kann von regionaler Selbstverwaltung nicht mehr geredet werden. Die Regierung will nur für

Krankenkasse: Ehrenamt raus, teure Verwaltungsmanager rein!

Ganze für das Volk leichter verdaulich ist, wurden die bisherigen ehrenamtlichen Funktionäre entsprechend als sündteure Vesselkleber, die nur ihre Pfünde verteidigen, denunziert. In Wirklichkeit sind die aktuellen Verwaltungskosten der Vorarlberger Gebiets-

krankenkasse im Vergleich zu Privaten extrem niedrig. Trotzdem läuft diese Machtverschiebung von Ehrenamtlichen zu Managern unter dem Titel „Kosteneinsparung“. Da passt es dazu, dass Sozialministerin Hartinger-Klein auf die Frage, wo denn die versproche-

ne Milliarde an Einsparungen lukriert werden soll, keine Antwort parat hat und lediglich weiß, dass das schon irgendwann einmal berechnet worden sein soll. Aber wofür brauchen wir Fakten, wenn es in Wahrheit nur darum geht, die Arbeitnehmer zu schwächen und türkis-blauen Managern Macht und Geld in der GKK zuzuschütten?

E-Mail: bernhard.heinze@gpa-djp.at

Krankenkassenreform bringt den Versicherten nichts!

nur dem hinterlistigen Plan der Regierung, die Entscheidungsgewalt auf sich und die ArbeitgeberInnen zu konzentrieren. Durch die Selbstverwaltung wurde bislang sichergestellt, dass die Beste Leistung bei den PatientInnen ankommt. Leistungskürzungen können nun nicht mehr ver-

hindert werden. Der Verfassungsgerichtshof zu prüfen haben, ob das Vorhaben der Regierung der Abschaffung der Selbstverwaltung gleichkommt. Durch den Verlust der Beitragshoheit wird die VGKK zudem nicht mehr selbst entscheiden können, wie die Beiträge eingesetzt werden.

Die Abschaffung der Vertragshoheit mit der Ärztekammer bedeutet, dass weniger Facharztstellen genehmigt werden könnten. Entschieden wird darüber künftig in Wien. Die engagierten MitarbeiterInnen müssen damit rechnen, dass Arbeitsplätze in die Zentrale verlagert werden. Mit der Krankenkassenreform wird ein funktionierendes System zugrunde gerichtet.

E-Mail: manuelaauer@manuelaauer.at

Mehr Leistungen für Patienten – Einsparungen bei Funktionären

– statt bisher über 2000 künftig nur noch rund 480 – geben. Zudem werden die Verwaltungsgremien von 90 auf rund 50 reduziert, statt der 21 Generaldirektoren werden es nur mehr fünf sein. Dadurch soll bis zum Jahr 2023 eine Milliarde eingespart werden. Dieses Geld wird als

Patientenmilliarde 1 : 1 in eine bessere Gesundheitsversorgung investiert und kommt somit den Versicherten zugute. Somit kann der Zwei-Klassen-Medizin entgegen gewirkt werden.

Dass die von den Einsparungen betroffenen rot-schwarzen Funktionäre

gegen die Reform mobil machen, ist nachvollziehbar. Ihre Angstmasche ist aber unbegründet. Es werden keine Krankenhäuser gesperrt, die Selbstverwaltung bleibt erhalten. Wir Freiheitliche stehen jedenfalls an der Seite der Patienten und nicht an der Seite der Funktionäre. Wir sichern die Versorgung und verunsichern nicht die Menschen.

E-Mail: michael.koschat@fpoe-satteins.at

Regierung der Bosse will uns Versicherte enteignen!

Bundesregierung. Ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Zerschlagung der Selbstverwaltung.

Es soll auch in Zukunft einige Arbeitnehmervertreter/innen in den Verwaltungsorganen geben, die Macht liegt aber bei den Arbeitgebern und der Regierung.

Diese „Reform“ erinnert fatal an die erste Ausschaltung der Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen im Dezember 1933. Heute wie damals wird Demokratie abgebaut und die Versicherten werden enteignet. Denn die Sozialversicherungen gehören den Versicherten und weder

den Arbeitgebern noch der Regierung. Der geplante Sozial- und Demokratieabbau ist strikt abzulehnen und konsequent zu bekämpfen.

Eine echte Reform wäre der Ausbau der demokratischen Selbstverwaltung durch eine Direktwahl der Vertreter/innen der Versicherten, ähnlich den Sozialwahlen in Deutschland.

E-Mail: sadettin.demir@gemeinsam-ug.at

Ja, die sogenannte „gewisse Eigenständigkeit und Autonomie“

sich die Kontrolle und dabei die Wirtschaft stärken. Durch die Reduzierung der Funktionäre wird auch kaum Geld eingespart, die meisten Funktionäre sind ehrenamtlich tätig mit einer geringen Aufwandsentschädigung. Der Regierung geht es nur um Macht, Geld

und Einfluss. Natürlich muss auch erwähnt werden, dass die FPÖ sich seit Jahrzehnten auf demokratischem Weg nicht in der Sozialpartnerschaft etablieren konnte. Nun versucht sie auf diesem Umweg sich einzubringen. Und die neue ÖVP als Regierungspartner lässt

sich ausschließlich durch den Einfluss der Interessensgruppen wie der Industriellenvereinigung in ihrer neoliberalen Politik lenken. Die Selbstverwaltung und die absolute Finanzhoheit muss im jeweiligen Land bleiben und durch die Landesstellen selbst verwaltet werden, sie müssen für ein funktionierendes Gesundheitssystem im Land geradestehen.

E-Mail: info@nbz-online.at

AK-BIBLIOTHEKEN Weil Lesen das Leben bereichert**Bludenz**

Bahnhofplatz 2a; Di 10–12 und 13–19 Uhr, Mi bis Fr 10–12 und 13–18 Uhr, Tel. 050/258-4550, E-Mail: bibliothek.bludenz@ak-vorarlberg.at

Feldkirch

Widnau 2–4; Di 10–19 Uhr, Mi bis Fr 10–18 Uhr, Tel. 050/258-4510, E-Mail: bibliothek.feldkirch@ak-vorarlberg.at

Digital

In der digitalen AK-Bibliothek findet sich ein breites Angebot an E-Books, E-Hörbüchern und Spezialbibliotheken. Ein Benutzer kann parallel zehn E-Medien ausleihen. Wo? www.ak-vorarlberg.at/ebooks

**Termine für Leser****Wollmaus trifft ...**

... Leseratte: 18. Oktober, um 19 Uhr, AK-Bibliothek Feldkirch.

Vorlesen ...

... für Kinder: Ab Oktober, jeden Mittwoch, 16 bis 16.30 Uhr, AK-Bibliothek Bludenz.

MEDIEN-TIPP**Nur die Wahrheit**

Die Journalistin Karoline Kuhla erklärt in „Fake News“, wie die Medienwelt ihre Glaubwürdigkeit verliert und welche Bedeutung dieses Dilemma für die Zukunft unserer vernetzten Welt hat. Angesichts dieser Entwicklung wird die Unterscheidung von Fakten und „Fake News“ immer schwerer. In einem Plädoyer für mediale Aufrichtigkeit erklärt sie Grundregeln der Medienwelt und blickt hinter die Kulissen des Journalistenberufs.

Petra Müller

AK-Bibliothek Bludenz

E-Mail: petra.mueller@ak-vorarlberg.at



Karoline Kuhla:

Fake News; 192 S., kartoniert, Verlag Carlsen, ISBN 978-3-551-31731-5, 7,20 Euro

Neuer Newsletter der AK-Bibliotheken

ONLINE. Einmal im Monat informiert der neue Newsletter der AK-Bibliotheken über interessante Leseempfehlungen, Lesungen und andere Veranstaltungen in Feldkirch und Bludenz.

Mit der Leseempfehlung „Druckfrisch“ werden beispielsweise jeden Monat fünf spannen-

de Neuerscheinungen vorgestellt. Vom Kinderbuch über Hörbücher bis hin zu Empfehlungen für spannende Heimkino-Abende wird eine breite Palette abgedeckt. Bestellen kann man den Newsletter online auf der neu gestalteten Homepage der AK Vorarlberg unter www.ak-vorarlberg.at.



Der neue Newsletter der AK-Bibliotheken lässt sich bequem auf der Homepage der AK Vorarlberg bestellen.

Foto: Jürgen Gombach / AK

Was diesen Monat zählt

FEIERTAG Der 26. (Staatsfeiertag) fällt dieses Jahr auf einen Freitag • **SCHULE** Mit dem Staatsfeiertag beginnen die Herbstferien. Sie dauern bis 4. November • **GRENZWERTE** Ab 28. gelten bei Spielzeug strengere Grenzwerte für Schadstoffe • **EURO** Zum Monatsende gibt die Europäische Zentralbank die letzten neuen 500-Euro-Geldscheine aus

Gewinnen Sie einen Geschenkkorb mit lauter Vorarlberger Kostbarkeiten

Senden Sie die Antworten auf die drei Fragen zu dieser Ausgabe der AKTION bitte bis 1. November 2018 an gewinnen@ak-vorarlberg.at oder auf einer Postkarte an AK Vorarlberg, Aktion, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, und Sie nehmen an der Verlosung von Geschenkkörben der Marke „Dietrich Vorarlberger Kostbarkeiten“ teil. Wir wünschen Ihnen viel Glück! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Je einen Geschenkkorb haben in der August-Ausgabe Desiree Siutz aus Feldkirch, Gerhard Fasching aus Dornbirn und Arno Walser aus Feldkirch gewonnen. Wir gratulieren!

Frage 1: Was verbirgt sich hinter der Abkürzung EWSA?**Frage 2: Um wie viel Prozent wollen Vorarlbergs Taxler die Tarife erhöhen?****Frage 3: Was halten Sie davon, dass die VGKK in ihrer jetzigen Form abgeschafft wird? (Die Antworten werden veröffentlicht.)**

Foto: Dietrich

Sicherheit geht vor: Lasten mit dem Auto transportieren

Radio-Verkehrsmeldung: „Auf der Autobahn liegen Dämmmaterialien. Ein LKW hat das Ladegut verloren. Bitte fahren Sie langsam.“ Auch PKWs mit leichten Anhängern können ihre Ladungen verlieren. Auch werden ungesicherte Gegenstände im Auto bei einer Vollbremsung zur Gefahr. Bei einem Unfall bei 50 km/h schießen ungesicherte Gegenstände im Auto mit ihrem 30- bis 50-fachen Gewicht nach vorne. Beispielsweise prallt ein Zehn-Kilo-Gepäckstück bei einem Unfall mit einer Tonne Gewicht auf die Lehne des Vordersitzes.

Reisegepäck sicher verstauen

Wenn höher als die Rücksitzlehne geladen wird: ein Kofferraumgitter als Abgrenzung zum Fahrgastraum anbringen.

Schwere Koffer unten und nahe der Rücksitzlehne verstauen.

Wenn das hintere Ende der Ladung mehr als einen Meter aus dem Kofferraum ragt, muss es deutlich sichtbar gekennzeichnet sein, bei Dunkelheit mit weißer Tafel mit rotem Rand aus reflektierendem Material.

Ideal ist ein Fixieren der Ladung im Kofferraum mit Spanngurten. Bei vielen PKWs sind Ösen vorhanden.

Keine Glasflaschen im Auto benutzen. Schon bei Unfällen mit 50 km/h wird die Getränkeflasche zum 50-kg-Geschoss. Getränkeboxen können gut hinter den Vordersitzen am Boden „formschlüssig“ gesichert werden.



Skier und Fahrräder im Autoinneren verzurren oder auf Trägersystemen oder in Dachboxen transportieren.

Transporte mit „kleinen“ Anhängern

Vorteile: viel mehr Platz; das Autoinnere bleibt sauber. Zu beachten gilt:

» Anfänger auf Verkehrsübungsplatz üben – vor allem das Rückwärtsfahren.

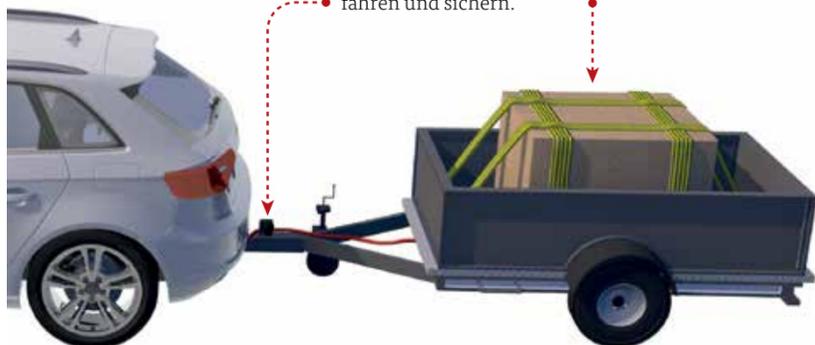
» Hänger sicher ankuppeln, einrasten lassen; Elektrik verbinden; Stützrad einfahren und sichern.

» Schwere Lasten über der Achse des Hängers transportieren und gut sichern.

» Maximale Achs- und Anhängelasten einhalten (im Typenschein des Anhängers vermerkt).

» Genügt Führerschein der Klasse B? (Für leichtere „Hobbyanhänger“ ist das der Fall)

» Vorsicht bei Kies, Sand, Erde etc. Der Hänger kann überladen sein, lange bevor er zur Gänze befüllt ist.

**Christbaumtransport**

Bald kommt wieder die Zeit der Christbaumtransporte. Für den sicheren Transport mit dem Auto gibt es zwei Varianten.

Am Dachträger

- » Baumstamm nach vorne
- » Mit Spanngurt sichern

Im Kofferraum

- » Sitze umklappen
- » Baumstamm direkt an die Rücklehne des Vordersitzes
- » Mit Spanngurten fixieren
- » Rückleuchte und Kennzeichen nicht verdecken

**Robert Seeberger**

Ausgebildete Sicherheitsfachkraft für Österreich und Deutschland. Über 20-jährige Erfahrung als Unfallverhüter.



Info-Video unter:

www.ak-vorarlberg.at/sicherheit

Grafik: KEYSTONE, Quelle: Robert Seeberger, Arbeiterkammer

WOHNEN Aktion fragte Leser nach ihrer Wohnsituation: Wo drückt der Schuh?

Auch Normalverdiener brauchen ein Zuhause



Vorarlbergs Wohnungsmarkt steht unter Druck. Deshalb hat die AK im Sommer 2018 in einer großen Online-Umfrage die verschiedenen Problemstellungen erhoben. Mieter und Eigentümer kamen zu Wort. Die Antworten werden derzeit ausgewertet. Die AKtion hat inzwischen schon einmal Leserstimmen eingefangen.



Dass sich vor allem Junge das Wohnen nicht mehr leisten können, ist ein Skandal.

Hubert Hämmerle
AK-Präsident

PREISFRAGE. Das Thema „Wohnen“ wird immer bedeutender, weil es zugleich immer schwieriger wird, den eigenen Wohnraum erhalten zu können. Egal ob Miet- oder Eigentumswohnungen – die Preise steigen ständig, obwohl die Qualität nicht steigt. Hinzu kommen überhöhte Verwaltungskosten, sodass die Betriebskosten ebenso überteuert sind. Ich wohne alleine und der Großteil vom Gehalt geht für's Wohnen drauf. Andere kaufen sich eine Anlegewohnung nach der anderen und sparen sich jedes Mal 20 Prozent Umsatzsteuer vom Kaufpreis. Jene, die Geld haben, kommen somit wesentlich günstiger an Wohnungen als jene, die weniger Geld haben. Da sollte über eine Änderung nachgedacht werden.
Desiree Siutz, Feldkirch

Bei den unzähligen Neubauten kommt der Anrainerschutz zu kurz.
Gerhard Fasching, Dornbirn

Ich habe keine Schwierigkeiten beim Thema Wohnen, denn ich habe nette, hilfsbereite Nachbarn und wohne ideal: Ärztliche Versorgung und Apotheke sind gut erreichbar (wichtig für mich als Behinderte), auch Einkaufsmöglichkeiten und die freie Natur sind schnell und einfach mit dem Fahrrad erreichbar – ideal!
Barbara Ghesla, Fußsach

Vorerst natürlich die Preise. Für junge Leute ist es nahezu unmöglich, eine Mietwohnung oder sogar Eigentum zu erhalten. Auch ist das Gesamteinkommen für die

Berechnung bei geförderten Mietwohnungen zu hoch, sie sind gezwungen, in Privatwohnungen zu gehen, und das ist für die späteren Jungfamilien unmöglich.
Carmen Bayer, Gaißau

Sozialer Wohnbau, wohnen muss leistbar sein auch für „Normalverdiener“.
Christian Zorich, Bregenz

Wir brauchen mehr leistbare Sozialwohnungen auch in abgelegenen und kleineren Gemeinden.
Ulrike Ammann, Schruns

Es gibt zu viele Wohnungs-Leerstände. Freie Bauflächen werden immer rarer und treiben die Quadratmeterpreise in schwindelerregende Höhen.
Rudolf Mündle, Feldkirch

Ein Bekannter (23, HTL-Fachschulabsolvent, technischer Angestellter plus Einmannbetrieb) wäre in prekärer finanzieller Lage, würde er nicht in elterlichem Eigentum wohnen! Die Wohnkosten, egal ob Miete oder Eigentum, sind für Junge fast nicht erschwinglich. Da sollte eine Lösung gefunden werden, sonst ist „working poor“ angesagt.
Arno Walser, Feldkirch

Die Höhe der Wohnungs- bzw. Grundstückspreise (falls überhaupt noch vorhanden) ist für junge Familien kaum noch erschwinglich. Es ist erforderlich, dass beide Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen, um sich das Wohnen leisten zu können. Finanzierungen werden auf 35 Jahre gemacht, was teilweise schon einen Generationenkredit bedeutet. Auf der Strecke bleiben teilweise die Kinder und

Jugendlichen, und dies wird wieder auf unsere Gesellschaft zurückfallen. Geht es der Bauwirtschaft gut, geht es uns allen gut, aber um welchen Preis? Haben wir nicht eine Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern? Meine Idee: Pro Gemeinde wird ein Grundstück zur Verfügung gestellt, für welches geprüfte Jungfamilien sich für ein Haus (90 Quadratmeter) bewerben können. Es handelt sich dabei um eine einheitliche Siedlung, die noch einige individuelle Abweichungen zulässt. Wichtig ist, dass die Familien die Möglichkeit haben, sich am Bau des Hauses (Identifikation/Bildung/Selbstwert = ich habe was geschaffen) beteiligen zu können. Ich würde mich sehr freuen, wenn die AK in Zusammenarbeit mit der VOGEWOSI und einer visionären Gemeinde dies als Pilotprojekt starten könnte.
Brigitte Krepl, Dornbirn

Die Baunutzungszahl ist zu gering. In Ballungsräumen sollte man höher bauen. In Bregenz-Vorkloster wird auf einer grünen Wiese neu gebaut (E+2). Daneben steht ein Hochhaus mit mindestens zehn Stockwerken. Das kapiere ich einfach nicht.
Elmar Stimpfl, Lauterach

Ich mache mir Sorgen um unsere Kinder, wie sollen diese sich ein ordentliches Leben leisten können, wenn sie nur noch für das Wohnen arbeiten müssen und sich nichts mehr ansparen können? Das ist moderne Sklaverei, die einen (Hausbesitzer) verdienen sich aus der Not heraus dumm und dämlich (werden also immer noch reicher und kaufen alles zusammen), und den anderen (Arbeitern und

Angestellten der Mittel- und Unterschicht) bleibt nichts anderes übrig, als das so hinzunehmen und fleißig zu arbeiten und zu zahlen.
Harald Mark, Nenzing

Natürlich sind die Mieten viel zu hoch, vor allem für Kleinverdiener!
Hilde Fontana, Feldkirch

1300 Euro für eine 65-m²-Wohnung bei einem Zahltag von 1500 netto – das kann nicht gehen. In den Stellenanzeigen gibt es fast keine kleine Wohnung mehr unter 900 Euro. Die Wohnungen zum Kauf werden auch immer kleiner, aber teurer.
Manuel Salzgeber, Lauterach

Die Miete ist in den meisten Fällen zu hoch. Wenn man ein Haus bauen will und noch den Bauplatz kaufen muss, ist es heutzutage kaum mehr leistbar.
Berta Rheinberger, Batschuns

Grundstückspreise und Mieten können sich junge Leute nicht mehr leisten. Wegen der Bodenknappeheit muss mehr in die Höhe gebaut werden.
Berta Tschann, Thüringen

Dauernd steigende Mietpreise lassen einen Umzug ins „Traumgebiet“ nicht zu.
Ulrich Milionis, Sulzberg

Es ist sehr schade, wenn man viele Jahre gespart hat, um Altes zu bewahren, und im Alter dann alles verkaufen muss. Andere leben flott und erhalten dann Mietzuschuss ... Wir brauchen endlich eine Pensionsreform, dass Kleinst- und Kleinrentnerinnen auch normal leben können.
Elfriede Drexel, Hard





Neuer Service für AK Mitglieder

Abendberatung in der AK Feldkirch

Ab Oktober 2018 AK Feldkirch jeden Dienstag von 16 – 19 Uhr www.ak-vorarlberg.at

Jeden Dienstag von 16 – 19 Uhr ohne vorherige Terminvereinbarung zu allen Fragen des

- Arbeitsrechts
- Sozialrechts
- Bereichs Frau und Familie
- Lehrlingswesens
- Konsumentenschutzes

Bitte jeweils vorhandene Unterlagen mitbringen.

Stark für Sie.

AK berät Mitglieder jetzt auch am Abend

Jeden Dienstag hält die AK-Zentrale in Feldkirch bis 19 Uhr geöffnet – Beratung ohne Voranmeldung

SERVICE. Die AK Vorarlberg erweitert ihre Öffnungszeiten. Seit 1. Oktober 2018 sind Arbeitnehmer mit ihren Anliegen jeden Dienstag in der AK in Feldkirch bis 19 Uhr herzlich willkommen. Denn „jeder soll sich bei uns Hilfe holen können“, betonen AK-Präsident Hubert Hämmerle und Direktor Rainer Keckeis.

Immer öfter müssen Menschen auch in Randzeiten arbeiten. Wenn sie dann endlich Zeit finden für Behördengänge oder wichtige Besorgungen, stehen sie vor verschlossenen Türen. „Aus diesem Grund bieten wir die neue Abendberatung an.“

Schon 2017 holten sich Hämmerle und Keckeis zufolge Vorarlberger rund 132.000 Mal Rat bei ihrer AK. Mit der Abendberatung reagiert die

AK auch auf die neuen Arbeitszeitregelungen, die seit Anfang September in Österreich gelten, „denn fehlende Zeit darf kein Grund dafür sein, auf unsere Hilfe verzichten zu müssen“.

Ohne Voranmeldung

Jeden Dienstag zwischen 16 und 19 Uhr bieten deshalb die Experten der AK ab 1. Oktober Beratungen ohne vorherige Terminvereinbarung an. Gerne behandeln sie alle Fragen des Arbeitsrechts, Sozialrechts, im Bereich Frau und Familie, in Lehrlingswesen und Konsumentenschutz. Wichtig ist, dass die Kunden jeweils alle vorhandenen Unterlagen zu den Beratungen mitbringen: Verträge, Rechnungen, Mahnungen, ihre Arbeitszeitaufzeichnungen usw.

Sich den Blick für das Gute bewahren

Der Innsbrucker Historiker Josef Nussbaumer kann der kollektiven Depression der Marke „früher war alles besser“ rein gar nichts abgewinnen.

HOFFNUNG. Als Katastrophenforscher kennt Univ.-Prof. Dr. Josef Nussbaumer das Elend der Welt. Doch er hält ihm unzählige erfreuliche Trends entgegen, die allzu leicht übersehen werden. In der AK-Reihe „Wissen fürs Leben“ stiftete er überzeugend zur Hoffnung an.



Foto: Jürgen Gornbach/AK

Aktion: Sie weigern sich, in den Chor der Jammerer einzustimmen, und sagen, Sie hätten gute Gründe: Nennen Sie mir wenigstens drei.

Josef Nussbaumer: Sie haben schon recht, wenn man nur die Schlagzeilen hernimmt, müsste man Pessimist werden. Aber die Informationsqualität wird besser, wenn man sich auch die Trends anschaut. Da gibt es ungeheuer viele positive: Die Lebenserwartung etwa ist enorm gestiegen. Das Beste ist, dass wir auch länger gesund bleiben. In Japan leben derzeit 70.000 Hundertjährige.

Die Versorgung mit Lebensmitteln hat sich verbessert, der Hunger war global vor 30, 40 Jahren viel schlimmer als heute. Derzeit hungert jeder Zehnte, nach dem Zweiten Weltkrieg war es jeder Fünfte. Die Todesrate der großen Seuchen hat sich drastisch verringert, so wie die Gewalt in den vergangenen 50 Jahren markant weniger wurde.

Und doch fühlen sich offenbar so viele Menschen unsicher.

Nussbaumer: Ja, das ist der Teufel

der Subjektivität. Ein erheblicher Teil unserer Gesellschaft hat das Gefühl, dass seine Umgebung gewalttätiger geworden ist. Wie man dagegenhalten kann? Wir müssen uns schlichtweg viel besser informieren.

Aber selbst dem Journalismus wird ja vorgeworfen, immer oberflächlicher zu werden.

Nussbaumer: Durch den Neoliberalismus wurde der Qualitätsjournalismus ausgedünnt. Oft fehlt die Zeit für gute Recherche. Aber selbst hier gibt es einen Hoffnungsschimmer: Die Beschuldigungen etwa durch US-Präsident Donald Trump haben bewirkt, dass in den USA der Qualitätsjournalismus wieder bessere Karten hat.

Die Schnellebigkeit ist gefährlich, denn Wahrheit braucht eben Zeit. Das permanente Hinterfragen ist enorm wichtig. Diktatoren werden nie wollen, dass ihr Volk informiert wird, das gilt bis hinein

in unser Innenministerium.

Was soll der Einzelne nun tun?

Nussbaumer: Ich würde sagen: Eine gute Zeitung, aber die genau lesen. Dort erfährt man dann Geschichten wie jene des Afrikaners Yacouba Sawadogo, der jetzt den alternativen Nobelpreis erhält. Mehr als 30 Jahre ist er als Esel verspottet worden. Aber er hat an sich geglaubt und als Einzelner Millionen Menschen geholfen. Man sieht, was ein einzelnes Individuum Positives bewirken kann.

Manchmal sind die Vorbilder ganz nahe ...

Nussbaumer: Genau, das Idol wohnt möglicherweise gleich nebenan. Wir müssen nur aufmerksam hinsehen.

► Josef Nussbaumer und Stefan Neuner: **Hoffnungstropfen**; 274 S., kartoniert, Verlag Studia, ISBN 978-3-903030-44-2, 19,90 Euro



Erfolg in anderem Licht

Ein außergewöhnliches Festival ist zu Ende gegangen – ein Festival zur Arbeitskultur. In fünf Orten hat die Schaffarei der AK Vorarlberg Station gemacht und die Leistung der Vorarlberger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt gestellt.

SCHAFFAREI. Hard, Bludenz, Hohenems, Schruns und Andelsbuch. Gemeinsames Yoga zum Sonnenaufgang, Frühstück mit Riebl, Konzerte zum Tagesausklang, dazwischen Gespräche über die Arbeit, Impulse durch namhafte Referenten, Beratung und vieles mehr. Auch unkonventionelle Formate haben rund 7000 Besucher bei der Schaffarei zusammengeführt und zu unterschiedlichen, oft überraschenden Blickwinkeln auf die Arbeit beigetragen.

Denn: In den Nachrichten und Politikerreden ist meist nur von erfolgreichen Unternehmen und Unternehmern die Rede. Die Schaffarei setzte einen überfälligen Kontrapunkt: „Wir haben die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt gestellt. Sie sind der entscheidende Faktor für die wirtschaftlichen Erfolge und damit des Wirtschaftsstandortes. Mit der Schaffarei haben wir das aufgezeigt“, fasst AK-Präsident Hubert Hämmerle die erfolgreiche Veranstaltungsreihe zusammen.

„Wir wollten in einem lässigen Rahmen mit möglichst vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ins Gespräch kommen und ihre Bedürfnisse kennenlernen, um unsere interessenpolitische Arbeit zu schärfen. Das ist uns im Rahmen der Schaffarei sehr gut gelungen“, sagt Hämmerle, „aus diesem persönlichen Austausch habe ich viele Anregungen mitnehmen können.“

„Wir sind bei den Menschen“

Die Schaffarei hat die Vorarlberger Arbeitskultur auf den Schild gehoben, dem „Schaffa“ über die einzelnen Veranstaltungsorte hinaus eine Bühne gegeben. AK-Präsident Hubert Hämmerle: „Nicht nur bei der Schaffarei selbst, sondern durch die Medienberichterstattung bin ich auch außerhalb in diesen Wochen ganz oft darauf angesprochen worden, dass sie es toll finden, wie wir als Arbeitskammer draußen bei den Menschen sind.“

Als ein besonders spannendes Element der Schaffarei erwies sich das Erzählcafé. Bei

einem gemütlichen Hock berichteten die Älteren von der Arbeitswelt vor früher, während die Jüngeren ihren Arbeitsalltag schilderten. Ganz automatisch war damit thematisiert, wie sich gesellschaftliches Ansehen, Sinn und Notwendigkeiten von Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt haben. Ein Punkt, der sich als roter Faden auch durch die Referate der jeweiligen prominenten Referenten an allen fünf Veranstaltungsorten durchzog.

Der Schweizer Coach und Buchautor Thomas Diener zum Beispiel machte die Veränderung anhand mehrerer Studien fest, die belegen, dass zwischen 20 und 30 Prozent der Arbeitnehmer keinen Sinn mehr in ihrer Tätigkeit erkennen. Dem Korsett von Standortwettbewerb und Rationalisierung unterworfen steige die Zahl sogenannter Bullshit-Jobs, so Diener. Jobs, hinter denen, im Sinne von „etwas Er-Schaffen“, keine unmittelbar fassbare Befriedigung mehr steckt, was

die Ausführenden auch ihrer Perspektiven beraubt. Noch tiefergehender als Diener zeigte die deutsche Netzwerkerin Franziska Krüger auf, wie sich Menschen in verschiedenen Initiativen finden und mit neuen Formen des Zusammenarbeitens eine sinnstiftende Arbeitskultur ermöglichen. „Die relevanten Themen sind Wertschätzung, Verantwortung und Lernen.“

Die Früchte der Arbeit

Wiederholt sich die Geschichte? Jedenfalls, so der Vorarlberger Historiker Meinrad Pichler, steht die Gesellschaft heute vor einer ähnlichen Herausforderung wie im 19. Jahrhundert. Pichler beleuchtete die Geschichte der Arbeiterbewegung in Vorarlberg und der damit verknüpften sozialen Errungenschaften dieser Zeit. Diese waren alles andere als ein freiwilliges Geben der „Fabrikanten“, vielmehr die Reaktion auf die drohenden Umwälzungen durch die Ideen des Kommunismus und Sozialismus. Heute sind es Globalisierung und Digitalisierung, die die Arbeitswelt vor offene Fragen etwa zur gerechten Verteilung der Früchte der Arbeit stellen.

Die Schaffarei hat für solche Themenkreise sensibilisiert und als Vorarlbergs erstes Festival zur Arbeitskultur vielfältige Akzente gesetzt.

ein Einzelgänger	Gedächtnisverlust	Produktionsstätte	Stadt am Zuckerrhut (Kw.)	ausgebildeter Handwerker	englische Biersorte	einheimischer Klettervogel	Mittelmeer-insulaner	eh. spanische Währung	Mitglied eines Sportteams	Blutader	Himmelsrichtung	Arbeitsentgelt f. Angestellte	Tanzfigur der Quadrille	Stadt in Kalifornien (Abk.)
Reife- teilung der Kern- zellen	9	5	Streich- instru- mente	getrock- nete Wein- beere	11	Aufguss- getränk	6	arabi- scher Fürsten- titel	Wind- schatten- seite	Aufstieg im Beruf	8	Vorname der Fitz- geralds	1	10
Wortteil: innerhalb großer italienischer Insel	3	Berufs- genosse	offene Flammen	eine deutsche Anrede	Beschäf- tigter beim Staat	Leiter einer Bau- stelle	Abk.: Europarat	8	1	10	1	10	1	10
Deko- ration	3	Geräusch bei Glas- bruch	Alters- ruhegeld	Rente, Pension	west- afrikanischer Stamm	spanischer Artikel	chem. Zeichen Rutherfordium	Ausbil- dung in einem Betrieb	Hawaii- Blumen- kranz	italie- nisch: drei	10	10	10	10
antiker Name von Troja	überall landauf ...	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
ver- dickter Wurzel- teil	finnische Univer- sitäts- stadt	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
schmal	Abk. für Arbeits- losenge- ld	nach der Wäsche nicht knitternd	Hunde- rasse	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	12	12	12

► Das Lösungswort stammt aus dem Bereich der Arbeitswelt. Auflösung auf Seite 15

BESUCH IN DER AK VORARLBERG



Eine Klasse der Aqua Mühle besuchte die AK Vorarlberg in Feldkirch im Rahmen eines Vortrags. Sie informierte sich über das breite Serviceangebot und die verschiedenen Dienstleistungen der Arbeitskammer für Schüler und Jugendliche.

Foto: Jürgen Gornbach

Schaffarei

VORARLBERGS ERSTES FESTIVAL ZUR ARBEITSKULTUR

MADE BY **AK**
schaffainvorarlberg.at f @

Beinahe richtig viel Geld eingebüßt

Für Metallarbeiter zahlte sich Kontrolle der Endabrechnung durch seine AK aus.

SERVICE. Ein Arbeiter im Metallgewerbe, der bereits seit zehn Jahren in seinem Betrieb beschäftigt war, wurde während seines Krankenstandes vom Arbeitgeber in die Firma gebeten. Dort wurde ihm eine einvernehmliche Auflösung vorgeschlagen. Nach längeren Gesprächen entschied sich der Arbeitnehmer wegen des in letzter Zeit rauer gewordenen Klimas im Betrieb dazu, das Angebot der einvernehmlichen Lösung anzunehmen.

Mehrere Fehler

Das Arbeitsverhältnis endete mit 15. Juli 2018, dem Tag also, an dem der Arbeitnehmer in den Betrieb gerufen worden war und die einvernehmliche Auflösung unterzeichnet hatte. Mit der ihm wenige Tage danach übermittelten Endabrechnung ging er in seine AK. Dort stellte die Juristin gleich mehrere Fehler fest.

Zunächst hatte der Arbeitgeber offensichtlich übersehen, dass seit 1. Juli 2018 eine neue gesetzliche Bestimmung gilt, wonach der Arbeitgeber die Entgeltfortzahlung im Krankenstand auch dann schuldet, wenn eine einvernehmliche Auflösung während des Krankenstandes auf seinen Wunsch hin vereinbart wird. Da sich der Arbeitnehmer bereits im elften Berufsjahr befand, hat er insgesamt pro Arbeitsjahr Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankenstand im Ausmaß von acht Wochen volles Entgelt und vier Wochen halbes Entgelt. Der Krankenstand dauerte in absoluten Zahlen noch drei Wochen nach der einvernehmlichen Auflösung, sodass die Arbeiterkammer für den Arbeitnehmer zwei Wochen

des vollen Entgeltes sowie eine Woche des Hälfteanspruchs erfolgreich einforderte.

Anders im Kollektivvertrag

Darüber hinaus hatte der Arbeitgeber den im Juni voll ausbezahlten Urlaubszuschuss rückverrechnet. Auf das Arbeitsverhältnis war aber der Kollektivvertrag für Arbeiter des eisen- und metallverarbeitenden Gewerbes anzuwenden. Der sieht vor, dass ein bereits ausbezahlter Urlaubszuschuss bei Ausscheiden des Arbeitnehmers vor Ablauf des Kalenderjahres nur dann rückverrechnet werden darf, wenn der Arbeitnehmer selbst kündigt, verschuldet entlassen wird oder unberechtigt austritt. Im Falle der einvernehmlichen Auflösung war daher die Rückverrechnung unzulässig. Auch hier intervenierte die AK erfolgreich.

Letzlich erzählte der Arbeitnehmer seiner Interessenvertretung, dass in seiner Firma zuletzt wenig Arbeitsanfall dazu geführt habe, dass der Arbeitgeber ihn regelmäßig nach Hause geschickt habe. Dadurch hatte er Minusstunden angesammelt. In der Endabrechnung wurden diese Minusstunden sodann mit seinem Resturlaubsanspruch gegenverrechnet. Das ist aber unzulässig. Stundenkontingente, egal ob diese positiv oder negativ sind, können nie mit dem Urlaubsanspruch verrechnet werden. Der Arbeitnehmer erhielt eine Urlaubersatzleistung im Ausmaß der zunächst abgezogenen Stunden verrechnet.

► **Kontakt:** Die AK-Experten zum Thema Arbeit und Recht helfen gerne weiter: Tel. 050/258 2000, E-Mails an arbeitsrecht@ak-vorarlberg.at



AK-Comedy zugunsten Licht ins Dunkel „Best of...“

Ihre zwei bisherigen Musik-Comedy-Produktionen „Zugi meets Blues“ und „Doppelbuchung“ haben das Publikum im Ländle begeistert. Jetzt präsentieren Blueser Markus Linder und Volksmusiker Hubert „Hubs“ Trenkwaldner an drei Abenden ein „Best of ...“ ihrer schrägen Cover-Songs und eigener Lieder. Lachen und dabei Gutes tun steht wieder im Mittelpunkt. Der Spendenerlös aus den drei Veranstaltungen kommt diesmal der Aktion „Licht ins Dunkel“ zugute. Linder & Trenkwaldner – zwei Tastenspieler in kongenialer Harmonie!

Mo 8. Oktober Cubus, Wolfurt
Mi 31. Oktober Kulturbühne Ambach, Götzis

Beginn: 19:30 Uhr; Saaleinlass: 18:30 Uhr
Anmeldungen unter events@ak-vorarlberg.at oder www.ak-vorarlberg.at/bestof
Rasch anmelden, begrenzte Kapazitäten!

LICHT INS DUNKEL ORF www.ak-vorarlberg.at

Nach Kritik sofort den Job verloren

Arbeitgeber wollte Verkäuferin berechnete Ansprüche vorenthalten und sprach die Kündigung aus – AK konnte alle Ansprüche mit Erfolg geltend machen.

REAKTION. Eine 42-jährige Götzner Verkäuferin war seit sechs Jahren im Handel beschäftigt, und zwar 20 Stunden pro Woche, als sie ihre Lohnabrechnung von der AK überprüfen ließ. Dabei kam heraus, dass ihr der 25-prozentige Zuschlag für geleistete Mehrstunden sowie die im Handel für Arbeitsleistungen am Abend und am Samstagmittag anfallenden Zuschläge vorenthalten wurden. Darauf wollte die Verkäuferin nicht verzichten. Sie legte dem Arbeitgeber ein Schreiben der AK vor. Der verneinte ihren Anspruch und kündigte sie unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Monatsletzten.

Ganz klar anfechtbar

Die Arbeitnehmerin wandte sich erneut an ihre AK. Gemeinsam mit den Rechtsexperten erwog sie die Möglichkeit einer Anfechtung. Denn eine Kündigung als Reaktion auf die Geltendmachung von zu-

stehenden Ansprüchen ist anfechtbar. Die Anfechtung muss binnen 14 Tagen vor Gericht erfolgen mit dem Ziel, dass der Arbeitgeber die Angestellte weiterbeschäftigen muss. Die Arbeitnehmerin war an einer Weiterbeschäftigung letztendlich jedoch nicht mehr interessiert.

Alles zurückgeholt

Also kontrollierte die AK auf ihre Bitte hin die Endabrechnung und machte sämtliche Ansprüche inklusive der Mehrstundenzuschläge und Öffnungszeiten-Zuschläge beim Arbeitgeber mit Erfolg geltend.

Im Übrigen war die Kündigung des Arbeitgebers unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Monatsletzten sowohl frist- als auch terminwidrig. Nach einer Dienstzeit von sechs Jahren muss der Arbeitgeber jedenfalls eine Kündigungsfrist von drei Monaten einhalten. Die Kündigung zum Monatsletzten wurde mit der Arbeit-

nehmerin zwar in ihrem Arbeitsvertrag vereinbart, im Kollektivvertrag für Handelsangestellte besteht jedoch die Sonderregelung, dass nach einer Dienstzeit von fünf Jahren eine Kündigung nur zum Quartal zulässig ist. Die Arbeitnehmerin hatte daher zusätzlich Anspruch auf eine Kündigungsentschädigung für zwei weitere Monate, bestehend aus dem Gehalt, Sonderzahlungen sowie der Urlaubersatzleistung.

Mehrstunden

Für Teilzeitbeschäftigte gilt: Arbeitsleistungen über die vereinbarte Arbeitszeit hinaus (soweit diese nicht als Überstunden zu werten sind) sind mit einem **Mehrarbeitszuschlag** von 25 Prozent abzugelten, soweit diese nicht innerhalb eines Kalenderquartals (oder eines anderen vereinbarten Drei-Monats-Zeitraums) durch Zeitausgleich im Verhältnis 1:1 ausgeglichen werden.

BESUCH IN DER AK VORARLBERG



Zwei Schulklassen besuchten die AK Vorarlberg in Feldkirch im Rahmen von Vorträgen. Die Klassen 2Ha und 2Fw der HLW Marienberg informierten sich über das breite Serviceangebot und die verschiedenen Dienstleistungen der Arbeiterkammer für Schüler und Jugendliche.



Fotos: Jürgen Gorbach

Gastronomie-Berufe finden bei Jugendlichen wenig Widerhall

Knapp 40 Prozent aller 15-Jährigen in Österreich beginnen eine Lehrausbildung – 1990 waren es noch rund 45 Prozent – Gastronomie-Berufe dominieren bei offenen Lehrstellen, aber bei Suchenden unbeliebt

AUSBILDUNG. Knapp 40 Prozent aller 15-Jährigen in Österreich beginnen eine Lehrausbildung. Der Anteil ist laut Arbeitsmarktservice (AMS) seit 1995 relativ konstant und lag 2017 bei 39,3 Prozent. In den 1980er und frühen 1990er-Jahren betrug er noch um die 45 Prozent.

Vel Angebot, wenig Nachfrage

Ein Ungleichgewicht herrscht betreffend der einzelnen Lehrberufe zwischen den Wünschen der Lehr-

stellensuchenden und dem Angebot. In der Gastronomie sind vier der zehn Berufe mit den meisten offenen Lehrstellen: Restaurantfachkraft, Köchin bzw. Koch, Hotel- und Gastgewerbeassistentin und Gastronomiefachkraft. Rund 34 Prozent aller offenen Lehrstellen im Jahresdurchschnitt 2017 entfielen auf diese vier Gastro-Berufe, aber nur sieben Prozent aller Lehrstellensuchenden interessierten sich dafür, heißt es in einer Spezialauswertung des AMS.

Knapp die Hälfte aller weiblichen Lehrstellensuchenden liebt nur mit vier verschiedenen Lehrberufen: Fast ein Viertel (23 Prozent) sucht eine Lehrstelle als Einzelhandelskauffrau, 13 Prozent möchten Bürokauffrau werden, neun Prozent Friseurin und vier Prozent Kosmetikerin. Auf den Plätzen fünf bis zehn folgen pharmazeutisch-kaufmännische Assistentin, zahnärztliche Fachassistentin, Restaurantfachfrau, Köchin, Konditorin und Kraftfahrzeugtechnikerin.

Die männlichen Lehrstellensuchenden sind bei der Berufswahl etwas breiter aufgestellt: Etwas mehr als 30 Prozent wünschen sich einen Ausbildungsplatz in den vier Berufen Kfz-Techniker (zwölf Prozent), Einzelhandelskaufmann (elf Prozent), Elektrotechniker (fünf Prozent) und Metalltechniker (vier Prozent). Auf den Plätzen fünf bis zehn folgen Bürokaufmann, Koch, Maurer, Installateur, Tischler und Informationstechnologe.

Nach dem falschen Lehrjahr bezahlt

Fast wäre die angehende Restaurantfachfrau leer ausgegangen. Sie hatte zwar am Lohnzettel gesehen, dass die Zahl so nicht stimmen konnte, traute sich aber nicht nachzufragen. Die AK half ihr: Jetzt hat Ines jene 549,79 Euro erhalten, die der Betrieb ihr vorenthalten hatte.

LEHRZEIT. Etwa 1800 junge Menschen haben heuer in Vorarlberg eine Lehre begonnen. Viele von ihnen werden exzellent ausgebildet. Deshalb haben Landesregierung, Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer im Vorjahr 117 Unternehmen zu ausgezeichneten Lehrbetrieben erhoben. Aber mitunter sind die ersten Arbeitserfahrungen der jungen Lehrlinge auch weniger euphorisch. So wie bei der 19-jährigen Ines*.

Doppellehre angetreten

Die trat im Frühjahr 2016 eine Doppellehre als Restaurantfachfrau und Hotel- und Gastgewerbeassistentin an. Ines hätte die Ausbildung nach Plan Anfang 2019 abgeschlossen, aber so weit kam es nicht. Dabei wäre ihr ein volles Jahr Schulbesuchszeit in der HAK angerechnet worden. Dennoch hat sie ihr Lehrverhältnis nach weniger als einem Jahr vorzeitig aufgelöst und wechselte in

eine andere Branche. Zuvor aber legte sie der Lehrlings- und Jugendabteilung der AK Vorarlberg noch ihre Abrechnung zur Kontrolle vor. Und siehe da: Der jungen Frau war lediglich die Lehrlingsentschädigung des ersten Lehrjahres ausbezahlt worden. Die Anrechnung ihres Schuljahres war prompt stillschweigend unter den Tisch gefallen. Das hatte Ines auch vermutet. Aber sie hatte sich nicht nachzufragen getraut.

Alles gut dokumentiert

Weil sie alle Unterlagen wie Gehaltsabrechnungen und Lohnvertrag beieinander hatte, fiel den Beratern der AK die Intervention leicht. Sie machten auch alle anteiligen Sonderzahlungen geltend und der Be-

trieb fügte sich: Ines wurden rund 550 Euro überwiehen, und das ist für einen Lehrling viel Geld.

* Name von der Redaktion geändert.

► **Kontakt:** Kennst du deine Rechte und Pflichten als Lehrling? Die AK Vorarlberg ist dein Ansprechpartner, wenn es um deine Ausbildung geht. Lehrlings- und Jugendabteilung, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, E-Mail: lehrlingsabteilung@ak-vorarlberg.at, Telefon: 050/258 2300, Fax: 050/258 2301, Website: <http://www.akbasics.at>



Arbeitszeiten

Viele Jugendliche haben im September eine Lehre begonnen und möchten wissen, was hinsichtlich der Arbeitszeiten zu beachten ist. Für Lehrlinge bis zum vollendeten 18. Lebensjahr gelten im Allgemeinen folgende Bestimmungen: Die Arbeitszeit darf täglich acht Stunden und wöchentlich 40 Stunden nicht überschreiten. Nach spätestens sechs Stunden muss mindestens eine halbe Stunde Pause gewährt werden. Zwischen 20 Uhr und 6 Uhr gilt Nachtarbeitsverbot (Ausnahmen: Gastgewerbe, Bäcker...). Arbeitsverbot besteht mit Ausnahme des Gastgewerbes auch an Sonn- und Feiertagen. Überstunden dürfen ebenfalls nicht geleistet werden, lediglich Vor- und Abschlussarbeiten bis zu drei Stunden wöchentlich sind erlaubt. Die Berufsschulzeit wird auf die Arbeitszeit angerechnet. Wir empfehlen, die Arbeitszeiten sowie Urlaubstage und Krankentage täglich aufzuschreiben. Dazu kann ein Arbeitszeitkalendar in der Lehrlings- und Jugendabteilung angefordert werden.

► **Information und Beratung:** www.akbasics.at

Nur eine Stunde in Raucherräumen

Jugendliche, die am 1. September eine Lehre in der Gastronomie begonnen haben, dürfen maximal eine Stunde pro Tag in Räumen eingesetzt werden, in denen geraucht wird. Das sieht die neue Verordnung des Arbeits- und Gesundheitsministeriums vor. Für bestehende Lehrverhältnisse gilt eine Übergangsregelung unter der Bedingung, dass räumliche oder organisatorische Gründe gegen die Einhaltung der Ein-Stunden-Grenze sprechen. Lehrlinge, die in einen rauchfreien Gastronomiebetrieb wechseln wollen, sollen dabei unterstützt werden, fordert der Gesetzgeber. Florian Stigler, Gesundheitswissenschaftler an der MedUni Graz, reicht das nicht: „Aus wissenschaftlicher Perspektive ist auch eine Stunde gesundheitsschädlich, besonders für Jugendliche, deren Lunge sich noch entwickelt.“

Auflösung des Rätsels von Seite 10

■ ■ ■ ■ ■ G A L E I S V O G E L ■ ■ ■ ■ ■
■ G A B R I E L E I S V O G E L ■ ■ ■ ■ ■
■ M I O S E A G P E S E T A ■ ■ ■ ■ ■
■ E N T O E K O R I N T H E ■ ■ ■ ■ ■
■ E R F L O R T E E ■ A K ■ ■ ■ ■ ■
■ S I Z I L I E N L E L L A ■ ■ ■ ■ ■
■ Z I E R D E T B E A M T E R ■ ■ ■ ■ ■
■ E B E F E U E R I ■ E R ■ ■ ■ ■ ■
■ ■ ■ K L I R R L P R O J I ■ ■ ■ ■ ■
■ I A B O N A G P E S E T A ■ ■ ■ ■ ■
■ K N O L L E W E I T R E ■ ■ ■ ■ ■
■ D U E N N I I L E H R E ■ ■ ■ ■ ■
■ A L G T E R R I E R I U N ■ ■ ■ ■ ■
■ B U E G E L F R E I ■ B U N ■ ■ ■ ■ ■

Das gesuchte Lösungswort lautet: ARBEITSMARKT



LEHRE MIT MATURA: 29 JUNGE VORARLBERGER HABEN ZEUGNISSE IN DER TASCH

Geschafft

Insgesamt 29 Vorarlberger Lehrlinge haben erfolgreich den Weg zur Matura absolviert. Sie sind Bürokauffrau, Maler, Metalltechnikerin, Bautechnische Zeichnerin, Elektrotechniker, Verwaltungsassistentin, Steuerassistentin usw. Alle haben sie das Vorarlberger Lehrlingsmodell genutzt, um voranzukommen. Das bedeutete harte Arbeit. 2017 standen Deutsch und Englisch auf dem Lehrplan, heuer meisterten sie Mathematik und die Fachbereiche Wirtschaftsinformatik bzw. Betriebswirtschaft/Rechnungswesen. Die AK gratuliert von Herzen!

Foto: WFS Brigant



Friedrich Dietrich: Mitglied der Generalversammlung, zwei Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 84 Euro brutto.



Sabine Rudigier: Sitzt im Vorstand der VGKK, vier Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 168 Euro brutto.



Christian Hauser: Sitzt im Vorstand der VGKK, vier Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 168 Euro brutto.



Thomas Jutz: Sitzt im Vorstand der VGKK, vier Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 168 Euro brutto.



Iris Seewald: Sitzt im Vorstand der VGKK, vier Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 168 Euro brutto.

Die „sündteuren“ GKK-Funktionäre

2000 Funktionäre bevölkern laut Sozialministerin Beate Hartinger-Klein die 21 Anstalten der Sozialversicherung. Und bereichern sich. Das sagt so niemand. Aber der Vorwurf schimmert deutlich durch. Nun, in Vorarlberg zählt der Vorstand 10 Versicherungsvertreter, die Generalversammlung 30 Versicherungsvertreter (10 kommen aus dem Vorstand) und die Kontrollversammlung 10 Versicherungsvertreter. Was verdienen sie? Sehen Sie selbst.



Thomas Steurer: Sitzt im Vorstand der VGKK, vier Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 168 Euro brutto.



Elke Zimmermann: Mitglied der Generalversammlung, zwei Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 84 Euro brutto.



Manfred Brunner: Obmann, seine Funktionsgebühr beträgt 3151 Euro brutto pro Monat, zwölf Mal im Jahr.



Johannes Tenschert: Stellvertretender Vorsitzender der Kontrollversammlung, 787 Euro brutto monatlich.



Eric Kollmann: Stellvertreter in der Generalversammlung, musste 2018 an keiner Sitzung teilnehmen – keine Kosten.



Thomas Brauchle: Sitzt im Vorstand der VGKK, vier Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 168 Euro brutto.



Klaus Bitsche: Mitglied der Generalversammlung, zwei Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 84 Euro brutto.



Petra Rührnschopf: Mitglied der Generalversammlung, zwei Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 84 Euro brutto.



Norbert Loacker: Obmann-Stellvertreter, seine Funktionsgebühr beträgt 1575 Euro brutto pro Monat, zwölf Mal im Jahr.



Heinz Ebner: Mitglied der Generalversammlung, zwei Sitzungen pro Jahr. Das macht gesamt 84 Euro brutto.